

## Deutsch-französischer Zukunftsdialog 2015

# Wie sieht die EU im Jahr 2025 aus – mit dem Vereinigten Königreich als Mitglied?

---

## *Workshop-Bericht*

### Inhalt

- I. Das Projekt „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“
- II. Gegenstand der Diskussion
- III. Die Foresight-Methode
- IV. Ergebnisse der Arbeitsgruppen
  - a. Demokratie
  - b. Mitgliedschaft
  - c. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
  - d. Finanzen und Wirtschaft
  - e. Gesellschaftlicher Zusammenhalt
  - f. Nachhaltigkeit und Mobilität

## I. Der „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“

Dieser Workshop entstand im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs, einem Projekt für junge Nachwuchskräfte aus Deutschland und Frankreich. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und das Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales (Ifri) riefen das Projekt, in Zusammenarbeit und mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung, 2007 ins Leben.

2014 öffnete sich der Zukunftsdialog erstmals auch anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union – zuerst Italien, gefolgt vom Vereinigen Königreich im Jahr 2015. Die Debatte soll dadurch bereichert werden, dass auch zukünftige Entscheidungsträger aus anderen Ländern in den deutsch-französischen Austausch zu aktuellen europäischen Fragen eingebunden werden. Diese Öffnung hat sich bewährt und ist zum festen Bestandteil des Programms geworden.

Da der Zukunftsdialog nun auch Drittländer in die deutsch-französische Zusammenarbeit einbindet, entstanden neue Möglichkeiten, gemeinsame Herausforderungen in einer trilateralen Konstellation zu diskutieren. Um das Potenzial der Zusammensetzung der Gruppe zu möglichst gut zu nutzen –Berufseinsteiger aus Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich, mit vielfältigen fachlichen Hintergründen –, wurde die Durchführung ei-

nes Workshops gewählt, der die sogenannte Foresight-Methode anwendet, also Instrumente der strategischen Vorausschau. Mithilfe dieses Ansatzes hat sich die Gruppe mit jenem Thema auseinandergesetzt, das derzeit die Beziehungen zwischen den drei Ländern dominiert: Die Zukunft der EU angesichts der Brexit-Debatte, also der Möglichkeit eines Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Union. Die Übung war die Mühe wert: Die hier zusammengefassten Ergebnisse umreißen eine Reihe vielversprechender Ansätze zu weiteren Untersuchungen.

## II. Gegenstand der Diskussion

---

Niemand kann derzeit das Ergebnis des britischen Volksentscheids vorhersehen. Der Workshop ging somit einen Schritt weiter und nahm als seine Prämisse, dass das Vereinigte Königreich ein Mitglied der EU bleiben wird. Hierauf basierend wurde folgende Frage gestellt:

*Wie sollte die EU – in der das Vereinigte Königreich nach wie vor Mitglied ist – im Jahr 2025 aussehen?*

Auch wenn sich die Diskussionen im Workshop nicht direkt auf das Thema Brexit bezogen, befassten sie sich gleichzeitig mit einer Vielzahl kritischer Punkte, die Verfechter wie Gegner der britischen EU-Mitgliedschaft in der derzeitigen Debatte regelmäßig zur Sprache bringen. Indem die Diskussion auf das Jahr 2025 ausgelegt wurde, konnten sich die Teilnehmer über den Rahmen kurzfristiger Überlegungen hinaus mit grundlegenden Fragen zur europäischen Idee auseinandersetzen.

## III. Die Foresight-Methode

---

Wir wendeten Methoden des Foresight-Ansatzes an, um Überlegungen und Gruppendiskussionen zu längerfristigen Entwicklungen anzuregen. Die Foresight-Methode erhebt keinerlei Anspruch darauf, die Zukunft vorherzusagen. Vielmehr geht es bei diesem Ansatz darum, eine Reihe möglicher Entwicklungen zu erkunden, Zielsetzungen zu bestimmen und potenzielle Gefahren und Chancen zu erkennen. Aufgrund der normativen Ausrichtung seiner zentralen Fragestellung verwendete der Workshop nicht den gebräuchlichsten Foresight-Ansatz – Szenarien (**Scenarios**) –, sondern die Ansätze des **Visioning** und des **Road-Mapping**. Anhand dieser beiden Herangehensweisen sollte die Gruppe eine gemeinsame Idee davon entwickeln, wie die EU (mit dem Vereinigten Königreich als Mitglied) ihrer Meinung nach im Jahr 2025 aussehen sollte, um dann auf systematische Art und Weise mögliche Wege zu skizzieren, die zu dieser Zukunftsvorstellung führen könnten.

Der Vorgang des **Visioning** wurde als zweistufiger Ideenfindungsprozess gestaltet. Zunächst wurden sechs verschiedene Arbeitsgruppen gebeten, jeweils fünf unterschiedliche Aspekte herauszuarbeiten, wie die EU (mit dem Vereinigten Königreich als Mitglied) im Jahr 2025 aussehen sollte. Die Gruppen mussten ihre Ideen in Form von möglichen Zeitungsschlagzeilen präsentieren; dies sollte zum einen die Diskussion und ein Denken in großen Dimensionen anregen, zum anderen eine gewisse Balance zwischen Wunschdenken einerseits und Wahrscheinlichkeit und Durchführbarkeit andererseits sicherstellen. Im zweiten

Schritt wurden in der anschließenden Gruppenphase die Arbeitsgruppen darum gebeten, ihre insgesamt dreißig Ideen auf Kernthemen für ihre gemeinsamen Vision hin zu untersuchen. So wurden die folgenden sechs Schwerpunkte bestimmt:

- Demokratie
- Mitgliedschaft
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- Finanzen und Wirtschaft
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt
- Nachhaltigkeit und Freizügigkeit

Im **Road-Mapping** übernahm jede Arbeitsgruppe eines der Kernthemen, diskutierte es und arbeitete es detaillierter aus, auch um sich auf ein gemeinsames Verständnis der jeweiligen Idee zu einigen. Die dann folgende Aufgabe bestand darin, eine Road-Map, einen strategischen Fahrplan bezüglich ihres Schlüsselthemas zu entwickeln. Die Gruppen wurden darum gebeten, ihren jeweiligen Fahrplan nicht an aktuellen Problemen auszurichten, sondern die „Backcasting“-Methode anzuwenden, also sozusagen rückwärts zu denken und vom größten Hindernis auszugehen, das auf dem Weg zum anvisierten zukünftigen Zustand überwunden werden müsste. Indem sie auf diese Weise Hindernisse und dazugehörige Überwindungsmöglichkeiten benennen, sind die strategischen Fahrpläne, die aus dem Workshop hervorgingen, zukunfts- und lösungsorientiert; sie bieten nicht nur Ideen, die zum Nachdenken anregen, sondern könnten sogar der strategischen Orientierung von Politikplanung dienen.

Die Arbeitsgruppen mussten zum einen die wesentlichen Meilensteine bestimmen, die erreicht werden müssten, um eine Veröffentlichung der verschiedenen Schlagzeilen im Zieljahr 2025 glaubhaft werden zu lassen; zum anderen die wichtigsten Hindernisse, die hierbei überwunden werden müssten.

## IV. Ergebnisse der Arbeitsgruppen

---

### a. Demokratie

#### *Schlagzeilen im Jahr 2025*

- Ein Mensch, eine Stimme: Endlich wird das Europa-Parlament demokratisch gewählt
- EU-Bürger dürfen in der gesamten Union wählen – unabhängig vom Wohnsitz
- Rekordbeteiligung an Europa-Parlamentswahlen nach Outreach-Initiative
- Katalonien, Schottland und Flandern fordern EU-Mitgliedschaft

## *Meilensteine und Hindernisse*

Damit die EU politisch zukunftsfähig wird, müsste zuerst das oft diskutierte Problem des „Demokratiedefizits“ gelöst werden. Unsere Vorstellung einer demokratischen EU im Jahr 2025 sieht die Bildung eines Umfelds vor, das die Bürger, indem es sie direkter repräsentiert, ideell stärker an die Union bindet. Unsere Vorschläge gründen auf der Idee einer parlamentarischen Demokratie, welche die direkte demokratische Vertretung weiterentwickelt und verbessert.

Das erste Hindernis, das einer Umsetzung dieser Vorstellung im Wege steht, ist die Schwierigkeit, eine einzige Wählerschaft innerhalb der Europäischen Union zu schaffen. Doch wir glauben, dass einer der Hauptgründe für die mangelnde Identifikation der Wählerschaft mit der EU in ihrer nur indirekten Beziehung zueinander liegt. Deswegen schlagen wir eine Harmonisierung von Wählerregistrierung und Wahlverfahren in allen Mitgliedstaaten vor, und als konkrete institutionelle Verkörperung dieser Idee die Schaffung eines einzigen Wählerverzeichnisses für die gesamte EU. Jeder EU-Bürger würde sich für sämtliche Wahlen (auf sämtlichen Ebenen) in dieses Wählerverzeichnis eintragen lassen. Das Verzeichnis würde auf supranationaler Ebene geführt. Auch bei Wahlen auf nationaler oder regionaler Ebene würden die Mitgliedstaaten dieses Register verwenden. Ein positiver Zusatzeffekt dieser Vorgehensweise bestünde darin, dass sie „Wahltourismus“ unterbinden würde, also die mehrfache Stimmabgabe innerhalb einer Wahl durch Einzelpersonen, die einen Wohnsitz in mehreren Ländern haben.

Ein zweites Hindernis besteht in dem gravierenden Problem des mangelnden Vertrauens, das die Wählerschaft europäischen Angelegenheiten entgegenbringt und das ihre unzureichende Beziehung zur Arbeitsweise und politischen Entscheidungen und Ergebnissen der EU aufzeigt. Daher schlagen wir eine stärkere Koppelung der Parteien auf nationalstaatlicher Ebene an die politischen Gruppierungen auf EU-Ebene vor. Als wünschenswertes Ergebnis könnte dies sogar zur Bildung eigenständiger politischer Parteien auf EU-Ebene führen.

Ein weiteres Problem in der Weiterentwicklung einer Agenda direkter politischer Repräsentation auf EU-Ebene besteht in der „Gatekeeper“-Kontrollfunktion der Regierungen der Mitgliedstaaten. Dieses dritte Hindernis ist teilweise der Wahrnehmung der einzelnen Regierungen geschuldet, dass jeglicher Zuwachs an direkter Repräsentation (durch das Europäische Parlament oder andere Instrumente) einer Einschränkung ihrer eigenen Befugnisse gleichkommt. Um dieses Problem anzugehen, muss die Legitimität des Parlaments gestärkt werden, damit die EU-Bürger sich darin stärker repräsentiert fühlen. So würde eine stärkere Identifizierung mit der EU und Vertrauen ihr gegenüber gefördert. Danach müsste man sich auch mit der Rolle der nationalen Regierungen auseinandersetzen. Hier diskutierten wir eine Umverteilung der Sitzvergabe im Parlament und einigten uns auf die Formel, dass eine Million Wählerstimmen einem Sitz entsprechen. Es fände eine regelmäßige Überprüfung der Sitzverteilung statt, auch erhielte jeder Staat mindestens einen Sitz.

Nachdem so die Legitimität des Europäischen Parlaments gestärkt worden wäre, würde unser vierter Schritt darin bestehen, die Macht des EPs zu erweitern – und zwar, indem die Exekutive (die Europäische Kommission) innerhalb der Legislative (dem Parlament) angesiedelt würde. Die im Parlament vertretenen Parteien würden über ein ihrer Sitzzahl entsprechendes Kontingent an Kommissarinnen und Kommissaren verfügen. Diese wären Parlamentsmitglieder und zudem für die Aufsicht der Generaldirektionen verantwortlich. Das

würde nicht nur manche Kritik an der Europäischen Kommission als Technokratie ohne Rechenschaftspflicht eindämmen, sondern auch den Volksvertretern (den MEPs) eine Führungsrolle zusprechen.

Zu guter Letzt würden wir den kritischen Punkt einer wachsenden Regionalisierung in den EU-Mitgliedstaaten angehen. Die lauter werdenden Forderungen bedeutender Regionen nach mehr Autonomie (insbesondere in Schottland, Katalonien und Flandern) stellen für die jeweiligen nationalen Regierungen ein Problem dar. Wir möchten den Vorschlag unterbreiten, diesen Regionen im Rahmen der EU und deren mehrstufiger Politikgestaltung mehr Entscheidungsbefugnisse und eine formellere Anerkennung ihrer jeweiligen Funktion zuzugestehen. Dies könnte dadurch geschehen, dass dem Ausschuss der Regionen mehr Macht zugestanden wird, eventuell sogar ein ähnlicher institutioneller Status wie der des Rates, der Kommission und des Parlaments. Regionalorganisationen wären somit stärker repräsentiert, würden an Legitimität gewinnen und könnten in bestimmten Bereichen „Gatekeeper“ der nationalen Ebene umgehen. Zudem würde das Subsidiaritätsprinzip respektiert, indem die institutionelle Vertretung näher – weil auf regionaler, eher denn als auf nationaler Ebene – an die Bürger getragen würde. Dies ist gerade in jenen Regionen von besonderer Bedeutung, in denen sich eigene kulturelle Identitäten mehr Geltung verschaffen möchten.

## b. Mitgliedschaft

### *Schlagzeilen im Jahr 2025*

- Das Vereinigte Königreich lädt Norwegen, die Schweiz und Island in die EU ein
- EU-Eurasisches Freihandelsabkommen unterzeichnet
- Vereinigtes Königreich und Türkei teilen sich EU-Ratspräsidentschaft
- Erfolgreicher TTIP-Abschluss ebnet den Weg für EU-Mediation in wegweisendem multilateralen Handelsabkommen

### *Meilensteine und Hindernisse*

Unsere Herausforderung bestand in der Frage, wie die EU bis zum Jahr 2025 eine größere Erweiterung erfolgreich gemeistert haben könnte. Die Arbeitsgruppe war einer Meinung, dass ein so begrenzter Zeitraum für eine zusätzliche EU-Erweiterung die Frage mit sich bringen würde, wie machbar und wünschenswert eine solche Erweiterung überhaupt wäre. Daher entschieden wir uns, uns auf Konkretes und Greifbares zu konzentrieren.

Das erste offensichtliche Hindernis ist auch hier wieder die Frage der öffentlichen Unterstützung. Das zweite (vor dem Hintergrund der jüngeren Krisen des „Europäischen Projekts“) ist die Frage, als wie wünschenswert eine zusätzliche umfangreiche Erweiterung wahrgenommen werden würde, d.h. zum einen, ob die bestehenden Mitgliedstaaten in der Lage wären, öffentliche Unterstützung zu generieren, und zum anderen, ob potenzielle Mitgliedstaaten tatsächlich eine Mitgliedschaft wünschen würden. Wir kamen zu dem Schluss, dass der Schlüssel zur Überwindung dieser Hindernisse in einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik läge: Ein Kernthema der britischen Debatte um den Verbleib des Vereinigten

Königreichs in der EU ist die Fähigkeit, Handelsabkommen zu schließen. Darüber hinaus haben bereits einige Nachbarländer der EU ihr Bestreben ausgedrückt, dem Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) beizutreten, wenn es zu einem erfolgreichen Abschluss kommen sollte – wir schlussfolgerten dementsprechend, dass der Abschluss bedeutender Handelsabkommen nicht nur für bestehende Mitglieder einen Anreiz zum Verbleib in der Union darstellt, sondern auch für andere Länder mit ein Grund ist, die Beitrittsoption attraktiv werden zu lassen.

Weitere Hindernisse sahen wir in der Notwendigkeit eines übergreifenden politischen Konsenses (aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips) und – angesichts der Größenordnung dieser Herausforderungen – im eigentlichen Vermögen der gemeinsamen Beratungen, auch zu tragfähigen Ergebnissen zu führen. Angesichts dieser Herausforderung, der sich die EU beständig gegenüber sieht, schlugen wir einen grundlegenden Wechsel vom Einstimmigkeits- hin zum Mehrheitsprinzip vor (auch wenn sich sämtliche Teilnehmer an diesem Gedankenexperiment einig waren, dass sich eine solche Reform als außerordentlich schwierig erweisen würde).

Zu guter Letzt befanden wir, dass der institutionelle Rahmen der EU selbst eine Hürde auf dem Weg zu einer erfolgreichen Erweiterungsrunde darstellt: Zum einen müsste vermieden werden, dass die EU in ihrer Aufgabe als ergebnisorientiertes Institutionengefüge Schaden nähme; zum anderen, dass eine Erweiterung die Bürger noch weiter von den Institutionen der EU entfremden würde (und so den Vorwurf des Demokratiedefizits nähren würde). Um diesen möglichen Problemen vorzubeugen, diskutierten wir eine Reihe von Reformen: Die Reduzierung der Gesamtanzahl an Kommissaren sowie, um Einwände zu vermeiden, die Einführung des Rotationsprinzips; einen gemeinsamen Ratsvorsitz, um Zusammenarbeit zu verstärken und einen sinnvolleren Wechsel zu gewährleisten; und schließlich die Durchführung von EU-Parlamentswahlen ausschließlich im Rahmen von Europäischen Parlamentarischen Plattformen. Letzteres ist insbesondere in Bezug auf das Hindernis der mangelnden Qualität der Demokratie in der EU von Bedeutung. Dies alles könnte dazu beitragen, die Lücke zwischen europäischen Herausforderungen und nationalen Diskursen zu schließen. Darüber hinaus könnte ein System der „roten Karten“ nationale Parlamente dazu ermächtigen, EU-Gesetzgebung zu verhindern, falls eine bestimmte Anzahl von ihnen einem Vorschlag widerspräche – abermals würde dies der Wahrnehmung eines Demokratiedefizits entgegenwirken.<sup>1</sup>

Unser Fazit war, dass die Überwindung sämtlicher hier aufgeführter Hindernisse eine Erweiterung realisierbarer machen würde, sowohl in der praktischen Durchführbarkeit als auch bezüglich öffentlicher Zustimmung. Gleichzeitig sollte jedoch betont werden, dass keine Einigkeit in der Frage herrschte, wie machbar oder wünschenswert eine zusätzliche Erweiterung der EU innerhalb eines so knapp bemessenen Zeitrahmens tatsächlich wäre, auch angesichts der politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, denen das europäische Projekt derzeit gegenübersteht.

---

<sup>1</sup> Vgl. die Vorschläge des Think-Tanks Open Europe, dass den nationalen Parlamenten eine größere Rolle zukommen sollte: Mats Persson, The case for European localism, Report 9/2011, <<http://openeurope.org.uk/intelligence/institutions-and-democracy/european-localism/>>, 26. November 2015.



## c. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

### *Schlagzeilen im Jahr 2025*

- Großbritannien und Frankreich unterstützen UN-Sicherheitsratsreform und einigen sich auf gemeinschaftlichen EU-Sitz
- Gemeinsame EU-Verteidigungsmission schützt den Suezkanal vor dem IS
- Britischer General beaufsichtigt EU-Friedenssicherung zur Sicherung israelisch-palästinensischer Zweistaatenlösung

### *Meilensteine und Hindernisse*

Unsere Arbeitsgruppe hält eine Europäische Armee für ein erstrebenswertes Ziel für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten. Auch wenn eine solche Armee derzeit und in der näheren Zukunft unrealistisch erscheinen mag, wäre sie ein bedeutender Schritt hin zu einer stärker integrierten EU. Sie würde den Mitgliedern in ihrer militärischen Interoperabilität, in ihren Rüstungsausgaben und in der Beschaffung von Verteidigungsgütern zugutekommen. Wäre die Fähigkeit zur dauerhaften Planung, Führung und Durchführung von Militäreinsätzen auf EU-Ebene angesiedelt, würde dies nicht nur erhebliche Kosteneinsparungen mit sich bringen, sondern auch leistungsfähigere europäische Verteidigungskräfte.

Mehrere Aspekte verhindern derzeit eine stärkere Integration der Verteidigungspolitik auf EU-Ebene. Die nationale Souveränität stellt einen kritischen Faktor dar; doch ohne dass die Mitgliedstaaten ihre nationale Souveränität nicht zu einem gewissen Maß an die überstaatliche Ebene übertragen, wird es keine Europäische Armee geben. Darüber hinaus müsste auch eine Lösung für Fragen wie dem politischen Entscheidungsprozess, Befehlsstrukturen und Einsätzen, Ausrüstung und Ausbildung gefunden werden. Die Tatsache, dass Frankreich und das Vereinigte Königreich sowohl Atommächte als auch ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats sind, könnte ebenso ein weiteres Hindernis für eine gemeinschaftliche europäische Armee darstellen wie die Beziehungen zwischen der EU und der NATO.

Um das Ziel einer stärkeren Integration zu erreichen, sprechen wir uns für eine stufenweise und behutsame Herangehensweise aus, die in der ersten Phase vor allem die drei größten europäischen Militärmächte (Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich) einbeziehen würde. Die Hauptmaßnahmen hierbei wären:

- Das Wissen übereinander und das Vertrauen ineinander müssen vertieft werden – unter anderem kann ein stärkerer sicherheitspolitischer Dialog auf Verwaltungs- und Entscheidungsebene zur Entwicklung einer gemeinsamen strategischen Kultur beitragen.
- Gemeinsame Übungen und Ausbildung tragen zur Entwicklung gemeinsamer Standards und einer gemeinsamen militärischen Kultur bei. Dadurch werden auch interkulturellen Fähigkeiten gestärkt.

- Die Fähigkeiten zur gemeinsamen Planung und Durchführung sollten dadurch weiterentwickelt werden, dass die nationalen Führungsstäbe (Mont-Valérien, Potsdam/Ulm und Northwood) durch einen gemeinsamen Führungsstab in Brüssel ersetzt werden, der – ähnlich dem Europäischen Lufttransportkommando (European Air Transport Command, EATC) – auch in der Lage wäre, nationale Einsätze und Befehlsketten zu koordinieren.
- Als Kern der Europäischen Streitkräfte muss eine trinationale Truppe gebildet werden; dies könnte durch eine Zusammenlegung der Combined Joint Expeditionary Force (CJEF) mit der Deutsch-Französischen Brigade vonstattengehen.

#### d. Finanzen und Wirtschaft

##### *Schlagzeilen im Jahr 2025*

- Vier weitere Länder treten dem Euro bei
- EU-Finanzminister Osborne macht Steueroasen Monaco, Jersey und Andorra ein Ende
- London kauft Frankfurt (Börse)
- Fachkräfte aus Entwicklungsländern bevorzugen EU vor USA
- Europäischer Wirtschaftsminister gibt Europäische Grüne Investitionsbank bekannt
- EU wird erste Wirtschaftsmacht mit Arbeitslosenquote unter 10 %
- London stimmt Finanztransaktionssteuer zu – und EU macht Zugeständnisse in der Gemeinsamen Agrarpolitik

##### *Meilensteine und Hindernisse*

Gerade angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise, jahrelanger Sparauflagen und der „Großen Rezession“ von 2008 ist es nicht einfach, innerhalb eines so komplexen wie emotionsbeladenen Themenbereichs wie Europas Wirtschaft und Finanzen eine gemeinsame Zukunftsvorstellung zu schaffen. Gleichzeitig sah die Aufgabe natürlich gerade vor, in einer kleinen, vielfältigen Gruppe mit einer Bandbreite ausgeprägter Sichtweisen und Meinungen eben eine solche gemeinsame strategische Vorausschau herauszuarbeiten. Die Gruppe ging in ihrem Vorgehen von der Prämisse aus, dass es keine falschen oder richtigen Antworten gibt; vielmehr sollte die Diskussion sich auf die Stichhaltigkeit und Überzeugungskraft eines Arguments konzentrieren, also darauf, als wie glaubwürdig sich die herangezogene Beweisführung einer bestimmten Position oder Aussage erweist.

Um ihren Erfolg weiterhin zu gewährleisten, müssen sich die EU und Eurozone um eine stärkere politische Union zur Einbettung der bestehenden Währungsunion bemühen. Darüber hinaus müsste eine Fiskalunion gegründet werden, die sich mit den Ungleichgewichten der Eurozone befasst und es ermöglicht, diese auszugleichen, etwa durch Fiskal- und Sozialtransfers innerhalb der Eurozone sowie durch Euroanleihen auf den Kapitalmärkten.



Grundsätzlich dürfte das Ausmaß an Integration, das zur Bildung einer Fiskalunion notwendig wäre, nicht bruchstückhaft umgesetzt werden; es würde eine Vertragsänderung erfordern, die auch eine klare Regelung dazu enthält, welche Rolle und welchen Status nicht zur Eurozone gehörende Mitgliedstaaten in der Finanzarchitektur der EU einnehmen. Die größte Herausforderung hierbei wäre ebenjene, der sich das Europäische Projekt derzeit ohnehin gegenübersteht: die öffentliche Meinung. Hinzu käme Widerstand mancher Mitgliedstaaten und Bürger aus Angst vor einem solchen Wandel: Viele Wähler verbinden die EU mit der Wirtschaftskrise, und diese wiederum mit Leid. Unabhängig davon, wie gerecht oder angemessen diese Wahrnehmung sein mag, stellt sie gleichzeitig eine Herausforderung dar, die mit Bedacht angegangen werden muss, bevor überhaupt weitere eingreifende Veränderungen vorgeschlagen werden können.

Um die Unterstützung der europäischen Wählerschaft zu gewinnen, einigte sich die Gruppe auf folgende Maßnahme: Eine begrenzte, aber abgestimmte steuerliche Zusammenarbeit der Mitglieder der Eurozone könnte gemeinsame Mittel schaffen (in Koordinierung mit Mitgliedern außerhalb der Eurozone) Diese Maßnahme könnte dann ein erster Schritt sein, um die Eurozone mit der notwendigen Glaubwürdigkeit und Gerechtigkeit auszustatten. Das hauptsächliche Hindernis hierbei besteht in der Notwendigkeit weiterer Abstimmungen und Kompromisse innerhalb der Eurogruppe und zwischen den Mitgliedstaaten. Doch ebensolche Absprachen müssten ohnehin im Rahmen der neuen Architektur zur Steuerung der europäischen Wirtschaft getroffen werden, die im Laufe der letzten (Krisen-)Jahre eingeführt wurde und bislang ihren stärksten Ausdruck im Europäischen Fiskalpakt von 2012 und in der beschlossenen Bankenunion fand.

In der Arbeitsgruppe herrschte Einvernehmen darüber, dass Mitgliedstaaten sich nur dann zu einer stärkeren politischen Union und Zusammenarbeit im Finanzbereich bereit erklären, wenn die EU wieder Wirtschaftswachstum vorweisen kann, die Arbeitslosenquote sinkt und die Eurozone wieder von Stabilität regiert wird. Die größte Herausforderung hierbei besteht in den wirtschaftlichen Ungleichgewichten und den auseinandergehenden Ansätzen zur Bewältigung der Krise; sowie in einem Mangel an Vertrauen und politischem Willen über Gesellschaftsschichten hinweg, der verhindert, dass sich ein gemeinsames Narrativ und eine gemeinschaftliche Zukunftsvorstellung etablieren können.

Wir kamen zu dem Schluss, dass eine stärker integrierte, stabilere und erfolgreichere Eurozone Voraussetzung dafür wäre, weitere Mitglieder aufzunehmen oder die Frage der Beziehungen zwischen Eurozone und Vereinigtem Königreich anzugehen.

Dies bringt uns zu unserer Sichtweise der Wohlstandsgrundlage der europäischen Staaten. Wir glauben, dass hier ein gemeinsames Verständnis bestimmter Schlüsselbegriffe ausschlaggebend ist: Europäer müssen ein gemeinsames Verständnis davon haben, was Fortschritt, Erfolg und Wohlstand wirklich bedeuten und wie diese Ziele umgesetzt werden können. Die derzeitige mangelnde Koordinierung von strukturellen Reformen, Fiskalpolitik und Investitionen kann nur dadurch angegangen werden, dass auf höchster politischer Ebene Verhandlungen aufrichtig und nach bestem Bemühen geführt werden und auch die Öffentlichkeit auf sinnvolle Art und Weise eingebunden wird. Wissenschaftler und Experten können in der Entwicklung einer schlüssigen Theorie und gemeinsamen Terminologie für eine solche Koordinierung unterstützend mitwirken.

Wir waren insofern ehrgeizig, als dass wir grundlegende und wesentliche Veränderungen anvisierten. Unserer Meinung nach sind diese notwendig, wenn Europa wieder für Wohlstand und Gerechtigkeit stehen soll; damit überhaupt weitere Mitglieder in die Eurozone aufgenommen werden könnten; und um im Vereinigten Königreich die Debatte über die Beziehung zur Eurozone neu führen zu können. Darüber hinaus kamen wir als Gruppe zu der Ansicht, dass die richtige Leitung, Vision und Koordinierung diese Ergebnisse durchaus herbeiführen und so vervollständigen könnte, was 1957 in Rom begann – zugunsten ganz Europas und seiner Staaten.

#### e. Gesellschaftlicher Zusammenhalt

##### *Schlagzeilen im Jahr 2025*

- Vereinigtes Königreich begrüßt Gründung des EU-Amtes für Migration und Flüchtlinge
- EU-Regierung gibt Gründung von Europäischer Arbeitsagentur bekannt
- Weltweit die Ersten: Europa hat das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern überwunden
- Schulabgänger legen unionsweite EU-Studienprüfung ab
- 2025 ... und 2,5 Millionen Erasmus-Babys!

##### *Meilensteine und Hindernisse*

Der soziale Zusammenhalt und die Solidarität in Europa stehen heute vielen Herausforderungen gegenüber. Die Arbeitslosigkeit ist groß, insbesondere unter Jugendlichen, was das Risiko einer „verlorenen Generation“ in sich birgt. Die Staats- und Regierungschefs der EU tun sich schwer damit, eine einheitliche Haltung gegenüber der durch den Syrien-Krieg verschärften Flüchtlingskrise zu finden. Gleichzeitig wachsen die sozialen Ungleichgewichte sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch zwischen ihnen. Gerade angesichts der Wirtschaftskrise hat sich eine Nord-Süd-Spaltung innerhalb Europas aufgetan. Bürger, die sich desillusioniert oder sogar entrechtet fühlen, sind von Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus angezogen.

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa zu gewährleisten und zu verbessern, glauben wir, dass für führende Politiker und EU-Institutionen ein Kurswechsel vonnöten ist. Bislang – und natürlich speziell im Kontext der Wirtschaftskrise – lag der Schwerpunkt auf strukturellen Wirtschaftsreformen, während wir hingegen gerne sehen würden, dass die „soziale Dimension“ stärker priorisiert wird. Dieser Ansatz zielt auf eine Verbesserung der Arbeitnehmerrechte und der Aussichten auf dem Arbeitsmarkt ab; auf eine EU-Haushaltspolitik, die umverteiltend wirkt, um so die Spaltung zwischen „Zentrum und Peripherie“ anzugehen, die sich im heutigen Europa herausgebildet hat; sowie auf eine wahrhaft europäische Antwort auf die Flüchtlingskrise.

Darüber hinaus kann ein solcher Ansatz in einer Nachfolgestrategie des Europa 2020-Programms verankert werden. Im Folgenden stellen wir einige konkrete Initiativen und Institutionen vor, die wir diskutierten und deren Gründung oder Weiterentwicklung wir für sinnvoll halten:

- Eine stärker integrierte Arbeitsmarktpolitik
- Eine umfassende und bessere Nutzung des Europäischen Job-Netzwerks EURES
- Eine Erweiterung der neugeschaffenen Europäischen Jugendgarantie
- Ein gemeinsamer Mindestlohn, basierend auf dem Medianeinkommen
- Eine gemeinsame Mindestrente, basierend auf dem Medianeinkommen
- Ein Programm zur Europäischen Arbeitslosenversicherung
- Eine strategische Allianz zwischen Europäischer Kommission, Gewerkschaften und Unternehmen der Mitgliedstaaten sowie Angestellten zur Nivellierung des Lohngefälles zwischen den Geschlechtern
- Ein EU-Amt für Migration und Flüchtlinge
- Eine Quotenregelung zur Verteilung von Flüchtlingen
- Mindeststandards für den Empfang und die Integration von Flüchtlingen, bei Bedarf unterstützt durch EU-Förderung

Im Gespräch über einen Fahrplan zur Umsetzung solcher Reformen benannten wir die folgenden Hindernisse und Lösungsansätze.

Die Durchführung dieses Maßnahmenkatalogs erfordert sowohl die Schaffung neuer Institutionen als auch erweiterte Befugnisse der EU – eine notwendige Voraussetzung hierfür ist eine Vertragsänderung.

Erstens: Um eine Vertragsänderung überhaupt durchführen zu können, müsste die EU mehr öffentliche Unterstützung für ein „soziales Europa“ gewinnen. Diese Unterstützung könnte etwa durch eine Debatte auf europäischer Ebene zur Notwendigkeit eines sozialen Europas und größerer Solidarität zwischen den europäischen Ländern zustande kommen. Mehr Schulbildung zur Europäischen Union und stärkere Teilnahme am Erasmus-Programm könnten als weitere Stütze wirken.

Zweitens: Unter der Voraussetzung dieser stärkeren öffentlichen Unterstützung ist eine weitere Bedingung für einen so radikalen Kurswechsel in der EU-Politik, dass er sowohl von Politikern als auch Personen der Zivilgesellschaft angeführt wird. So kann etwa die Gründung einer „Europäischen Sozialkoalition“ durch die Erasmus-Generation sozialdemokratische Politik auf EU-Ebene wiederbeleben.

Ein weiteres Hindernis besteht in der quasi unvermeidlichen Skepsis des Vereinigten Königreichs gegenüber der Idee eines sozialen Europas (2002/03, als eine Europäische Verfassung zur Debatte stand, blockierte das Vereinigte Königreich an dieser Stelle die Gespräche). Dieses Problem wäre natürlich dann umgangen, wenn eine neue Regierung gewählt werden würde, die sich den Grundlagen europäischer Sozialdemokratie verschreibt.

Die Investitionskosten, die diese neue Prioritätensetzung mit sich bringen würde, und die Schaffung der notwendigen Strukturen, damit die EU ein solches erweitertes Aufgaben-

spektrum würde bewältigen können, stellen ein abschließendes und entscheidendes Hindernis dar. Die Prioritäten des EU-Haushalts müssten neu geordnet werden. Zudem müssten die Mitgliedstaaten davon überzeugt werden, dass es weniger darum geht, um jeden Preis einen Anstieg des EU-Haushalts zu vermeiden, sondern vielmehr auch alternative Einnahmequellen auf EU-Ebene diskutiert werden könnten – etwa durch die Bekämpfung von Steuerflucht und -vermeidung oder durch eine Finanztransaktionssteuer.

Doch letztendlich hängt der soziale Zusammenhalt in Europa nicht nur von den EU-Institutionen ab; auch die Bürger Europas müssen die Solidarität miteinander wiederentdecken und Migranten und Flüchtlinge willkommen heißen; die Regierungen der Mitgliedstaaten dürfen nicht nur auf die öffentliche Meinung reagieren, sondern müssen auch Verantwortung für sie übernehmen und sie in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft mitgestalten.

## f. Nachhaltigkeit und Mobilität

### *Schlagzeilen im Jahr 2025*

- Europas CO<sub>2</sub>-Ausstoß fällt in den Keller – dank britischer Einspeisung von Erneuerbaren-Überschuss ins EU-Stromnetz
- Erste ökologische Hochgeschwindigkeits-Trasse zwischen Edinburgh und Istanbul
- Ob Paris oder Warschau, zehn Jahre EU-weites Sprachkursprogramm zahlen sich aus: Britische Unternehmer ziehen auf den Kontinent

### *Meilensteine und Hindernisse*

Die Arbeitsgruppe zum Bereich Nachhaltigkeit und Mobilität entwickelte, auch weil das Vereinigte Königreich in beiden Bereichen eine entscheidende Rolle spielt, zwei Zukunftsvorstellungen zu den Themen Zugverkehr und Erneuerbare Energien. Zum einen stellten wir uns den Bau einer „ökologisch nachhaltigen Hochgeschwindigkeits-Trasse zwischen Edinburgh und Istanbul“ vor. Zum anderen skizzierten wir ein Szenario, in dem das Vereinigte Königreich seinen eigenen Überschuss an erneuerbaren Energie in das EU-Stromnetz einspeist.

Zuerst müsste man sich mit dem allgemeinen Widerstand gegen beide Großprojekte und gegen die mit ihnen einhergehende weitere Integration von nationalen Verkehrsnetzen und von Energieinfrastruktur auseinandersetzen. Um das Interesse der Bürger zu wecken und Politiker dazu anzuregen, das Thema aufzugreifen, könnte eine durch die Kommission geführte EU-weite Kampagne den Nutzen grenzübergreifender Strecken- und Stromnetze aufzeigen. Bis zum Jahr 2019 könnte hierzu eine erste politische Übereinkunft getroffen sein – unter dem Titel „Synergie 2025 – Verkehrswesen & Erneuerbare Energien“.

Ein Hindernis besteht in der Frage der Finanzierung, insbesondere im Mangel an Privatunternehmen, die zu Investitionen bereit wären. Bis zum Jahr 2021 würde die Europäische In-

vestitionsbank für beide Projekte umfassende Geschäftsmodelle vorlegen, einschließlich einer Veranschlagung der Kosten, Vorschlägen zu Finanzierungsmöglichkeiten wie öffentlich-privaten Partnerschaften sowie der Teilnahme internationaler (privater) Investoren.

Unsere Vision zu den erneuerbaren Energien würde voraussichtlich auf den Widerstand der Lobby der konventionellen Energieproduzenten treffen. Um den Weg für eine Neuausrichtung frei zu machen, wäre eine grundlegende politische Entscheidung vonnöten: In Anbetracht der 2010 in Deutschland beschlossenen Energiewende würde um das Jahr 2025 ein übergreifender Plan zu einem „EU-weiten Kernkraftausstieg bis zum Jahr 2075“ beschlossen.

Aufgrund der Aufteilung der europäischen Bahnnetze in einzelstaatliche Verbindungen, Standards und Aufsichtsbehörden ist unsere Vision eines europaweiten nachhaltigen Eisenbahnnetzes vor allem eine große technische Herausforderung. Hier wäre es sinnvoll, sämtliche Eisenbahninfrastrukturunternehmen nach und nach zu einem einzigen EU-Infrastrukturnetz zusammenzuschließen.

Wir hoffen, dass diese Schritte dazu führen, dass diese beiden Zukunftsvorstellungen bezüglich Bahnverkehr und Erneuerbarer Energien erreicht werden, und so zur Verbesserung von Nachhaltigkeit und Bewegungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union beitragen.

*Hannes Alpen, Gregory Barnes, Anaïs Bordes, Barry Colfer, Nina Eggers, Axel Fischer, Arnaud Foubert, Ulrike Franke, Patrick Harris, Maja Ifland, Philipp Kuhn-Régnier, Erica Jane Lee, Ronny Leideritz, Bénédicte Martin, Selma Polovina, Anna Lena Rau, Renaud Thillaye, Charline Vasseur, Gaëlle Winter\**

\*Die Autoren sind Teilnehmer des *Deutsch-französischen Zukunftsdialogs*, einer Initiative der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), des Institut français des relations internationales (Ifri) und der Robert Bosch Stiftung. Der Workshop-Bericht entstand im Rahmen eines Foresight-Workshops mit Teilnehmern aus Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich. Der Workshop fand am 9. und 10. Oktober 2015 in Bradford statt.